


Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.09.2021

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:42 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Mroß
Schriftführer:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschriften	
3.1.	Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.2021	
3.2.	Genehmigung der Niederschrift vom 24.06.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Einwohnerfragestunde	
6.	Behandlung von Anfragen	

6.1.	Nutzung Familienpass Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit Bürger auf Antrag der Fraktion CDU	0922/21
7.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Änderung der Besetzung eines Stellvertreters im Unter- ausschuss "Fachplanung Familienbildung und Familien- förderung" BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses	1023/21
7.2.	Fachpolitische Herausforderungen zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 - 2027 BE: Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Ju- gendförderplanung	1193/21
7.2.1.	Antrag zur Drucksache 1193/21 - Fachpolitische Heraus- forderungen zur Fortschreibung des Kinder- und Jugend- förderplanes 2023 - 2027 BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses	1612/21
7.3.	Änderung der Qualitätsstandards für erzieherische Hilfen und Eingliederungshilfen im Bereich "Spezielle Quali- tätsstandards für Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII" und "Spezielle Qualitätsstandard für Betreutes Wohnen gemäß § 34 SGB VIII" BE: Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfepla- nung Hilfe zur Erziehung	1216/21
7.4.	Investive Förderung - Katholischer Kindergarten "St. Vin- zenz" BE: stellvertretende Leiterin des Jugendamtes	1342/21
7.5.	Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2021 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil- dung, Jugend und Gesundheit	1388/21
7.6.	Änderung der Besetzung eines Stellvertreters im Unter- ausschuss "Fachplanung Familienbildung und Familien- förderung" BE: Frau Liedtke, Mitglied des Jugendhilfeausschusses	1411/21

8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 20.05.2021 zum TOP 5.1 - hier: Berichterstattung zu Fallzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0919/21**
9. Informationen
- 9.1. Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)
BE: stellvertretende Leiterin des Jugendamtes **1229/21**
- 9.2. Kindeswohlgefährdung in der Landeshauptstadt Erfurt
BE: Frau Fischer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **1252/21**
- 9.3. Informationen zu jugendhilferlevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: stellvertretende Leiterin des Jugendamtes
- 9.4. Aktuelle Informationen zu jugendhilferlevanten Entwicklungen in der COVID-19-Pandemie (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 9.5. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, wurde die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses eröffnet. Zunächst begrüßte er die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Verwaltung und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Zu Beginn der Sitzung waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit gegeben war.

Die bekannten Regelungen des Hygienekonzeptes für kommunale Sitzungen in der Thüringenhalle wurden durch den Vorsitzenden in Erinnerung gerufen. Er wies darauf hin, dass das Tragen einer qualifizierten Gesichtsmaske am Sitzplatz nicht mehr erforderlich ist.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Mroß, schlug vor, die Drucksachen 0919/21 (Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 20.05.2021 zum TOP 5.1 – hier: Berichterstattung zu Fallzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen) und 1252/21 (Kindeswohlgefährdung in der Landeshauptstadt Erfurt) gemeinsam unter dem Tagesordnungspunkt 8.1. zu behandeln.

Da keine weiteren Anträge gestellt wurden, ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

bestätigt mit Änderungen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschriften

3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.2021

Einwände oder Fragen gab es nicht. Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 24.06.2021

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor. Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde lagen keine schriftlichen Fragestellungen vor. Mündlicher Diskussionsbedarf bestand auch nicht, sodass die Beratung geschlossen und mit dem Tagesordnungspunkt 6 fortgefahren wurde.

6. Behandlung von Anfragen

6.1. Nutzung Familienpass

0922/21

Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Bürger auf Antrag der Fraktion CDU

Der Vorsitzende, Herr Mroß, wies darauf hin, dass der Fragesteller, Herr Hose, Fraktion CDU, sowie auf Antrag derselben Fraktion ein Bürger eingeladen wurden.

Zunächst wurde für den hinzugezogenen Bürger das Rederecht beantragt. Dieses wurde mit **Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0** erteilt.

Der Bürger begrüßte die Ausschussmitglieder und stellte sich kurz vor. Er äußerte, dass im Fall seines Kindes ein Hindernis zur Nutzung des Familienpasses vorliegt. Die Ablehnung seines Antrags auf den Familienpass begründet sich im Geburtsort des Kindes, das in der Stadt Sömmerda zur Welt kam. Da es sich aufgrund des geteilten Sorgerechts und wechselnder Aufenthaltsorte zum Teil in der Landeshauptstadt Erfurt aufhält, bat er darum, die Lebenslage seines Kindes bei der Inanspruchnahme des Familienpasses zu berücksichtigen.

Auf die Frage des Ausschussvorsitzenden, Herrn Mroß, welche Möglichkeiten die Stadtverwaltung im vorliegenden Fall sieht und welche Aussagen zur Nutzungshäufigkeit einzelner Angebote getroffen werden können, antwortete der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, dass nach wie vor der vom Stadtrat gefasste Beschluss zum Tragen kommt, wonach sich der Familienpass an alle Familien mit Kindern bis 17 Jahren richtet, deren Hauptwohnsitz in Erfurt liegt. Eine andere Handhabe besteht derzeit nicht. Hinsichtlich einer detaillierten Erfassung gab er zu bedenken, dass aufgrund der kleinteiligen sozialräumlichen Angebote keine näheren Daten erhoben werden.

Bezüglich der Thüringer Familienkarte fragte die Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Fischer, nach auf die Stadt Erfurt bezogenen Nutzungszahlen. Der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit erklärte, dass der Verwaltung hierzu keine Informationen vorliegen und verwies auf das zuständige Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Die Vertreter der Fraktionen CDU und SPD, Frau Fischer, Herr Weise, Frau Löbl und Herr Mroß, kündigten im Ergebnis der Diskussion eine entsprechende Beschlussvorlage zur Änderung der Anspruchsberechtigung des Familienpasses an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

7. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Änderung der Besetzung eines Stellvertreters im Unterausschuss "Fachplanung Familienbildung und Familienförderung" 1 023/21**
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Da kein Beratungsbedarf bestand, wurde umgehend zur Abstimmung übergegangen.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Im Unterausschuss "Fachplanung Familienbildung und Familienförderung" wird als 1. Stellvertreterin des beratenden Mitglieds Frau Gabriele Obst

Frau Katrin Lauinger
(alt: Frau Sophia Haufe)

benannt.

- 7.2. Fachpolitische Herausforderungen zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 - 2027 1 193/21**
BE: Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung

Eingangs bemerkte der Vorsitzende, Herr Mroß, dass mit der Drucksache 1612/21 ein von ihm eingereichter Änderungs-/Ergänzungsantrag mit der Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage ausliegt. Darin handelt es sich vordergründig um präzisere Formulierungen und redaktionelle Änderungen in der Anlage, die er eingehend erläuterte.

Die Vorsitzende des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung und Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Fischer, hinterfragte die Notwendigkeit der beantragten Änderungen und legte dar, dass das im Unterausschuss erarbeitete Dokument einhellige Zustimmung erhalten hat.

Durch Frau Schwörer, Vertreterin des Stadtjugendrings, wurde kundgetan, dass sie die Klarstellungen überwiegend für unproblematisch hält. Die Einfügung im Abschnitt "Junge Menschen mit Migrationshintergrund" lehnte sie ab und schloss sich damit der Stellungnahme der Verwaltung an, da bislang kein Selbstzusammenschluss junger Migranten im Stadtgebiet existiert.

Dahingehend änderte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, seinen Änderungsantrag, in dem er die beantragte Änderung unter dem Abschnitt "Junge Menschen mit Migrationshintergrund" zurückzog.

Angesichts der Tatsache, dass im Ausschuss kein Konsens herrschte, beantragte Frau Fischer, Vertreterin der Fraktion CDU, eine abschnittsweise Einzelabstimmung der Überschriften der Drucksache 1612/21.

Weiterhin stellte der Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Herr Uhlig, einen mündlichen Änderungsantrag mit folgenden redaktionellen Änderungen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

*(...) Dies kann nur in Kooperation mit den anderen Akteuren der Jugendarbeit, ~~was als~~ **welchedas** Netzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung in ganz Erfurt ~~ermöglicht~~ **ermöglichen**, gelingen. (...)*

Mediatisierung **Medialisierung** und Digitalisierung

*Die ~~Mediatisierung~~ **Medialisierung** schreitet voran, verändert Kultur und Gesellschaft und damit die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. (...) Kinder- und Jugendarbeit muss sich permanent mit ~~Mediatisierung~~ **Medialisierung** auseinandersetzen, sich an den Alltagspraktiken der Kinder und Jugendlichen ausrichten, neue Ansätze entwickeln und bestehende anpassen. (...) Ein zentraler an ~~Mediatisierung~~ **Medialisierung** anzupassender Qualitätsentwicklungsprozess der Kinder- und Jugendarbeit in Erfurt ist anzustreben, der auf deren konzeptionelle Integration, deren Konsequenzen für das pädagogische Handeln der Fachkräfte und auf die Schaffung passender Rahmenbedingungen abzielt.*

Da keine weiteren Anträge oder Wortmeldungen vorgebracht wurden, ließ der Vorsitzende, Herr Mroß, in der Reihenfolge der Anträge darüber abstimmen.

Antrag auf Einzelabstimmung der Drucksache 1612/21:

bestätigt Ja 6 Nein 1 Enthaltungen 6 Befangen 0

Dem Antrag gaben die Mitglieder statt, sodass nachfolgend eine Einzelabstimmung der Überschriften erfolgte.

Einzelabstimmung zur Drucksache 1612/21:

Fachpolitische Herausforderungen

bestätigt Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

Segregation / Kinder- und Jugendarmut

bestätigt Ja 8 Nein 4 Enthaltungen 1 Befangen 0

Demografische Entwicklung

bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 3 Befangen 0

Junge Menschen mit Migrationshintergrund

Die Änderung wurde durch den Einreicher zurückgezogen.

Jugendhilfe und Schule

bestätigt Ja 12 Nein 0 Enthaltungen 1 Befangen 0

mündlicher Änderungs-/Ergänzungsantrag des Herrn Uhlig:

bestätigt Ja 13 Nein 0 Enthaltungen 1 Befangen 0

Abstimmung über Drucksache 1193/21 mit den zuvor bestätigten Änderungen:

mit Änderungen beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage¹ befindlichen fachpolitischen Herausforderungen zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 – 2027 werden beschlossen.

¹ Die Anlage ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

- 7.2.1. Antrag zur Drucksache 1 193/21 - Fachpolitische Herausforderungen zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 - 2027 1 6 12/21
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

siehe Tagesordnungspunkt 7.2

bestätigt mit Änderungen

- 7.3. Änderung der Qualitätsstandards für erzieherische Hilfen und Eingliederungshilfen im Bereich "Spezielle Qualitätsstandards für Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII" und "Spezielle Qualitätsstandard für Betreutes Wohnen gemäß § 34 SGB VIII" 1 2 16/21
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung

Es bestand kein Redebedarf, sodass die Drucksache zur Abstimmung gebracht wurde.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in der Anlage² befindliche Änderung der "Qualitätsstandards für erzieherische Hilfen und Eingliederungshilfen in der Landeshauptstadt Erfurt" in Punkt 1.5.1.2 und 1.6.1.2 gemäß § 34 SGB VIII (vgl. Qualitätsstandards 2020, S. 18 und 21, Drucksache 0852/20 – Anlage 1).

02

Dem Jugendhilfeausschuss ist bis zum III. Quartal 2022 ein Bericht über die Umsetzung vorzulegen.

- 7.4. Investive Förderung - Katholischer Kindergarten "St. Vinzenz" 1 3 42/21
BE: stellvertretende Leiterin des Jugendamtes

Nachfragen oder Wortmeldungen lagen nicht vor. Es wurde wie folgt darüber abgestimmt.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

² Die Anlage ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Beschluss

Abweichend von Pkt. 3 der FRLJHEF-I wird die Stiftung Katholisches Waisenhaus als Zuwendungsempfänger für die investive Förderung "Sanierungsmaßnahmen im Katholischen Kindergarten St. Vinzenz" beschlossen.

- 7.5. Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2021 1 388/21**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, übergab das Wort an den Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit. Die Hinweise des zuständigen Referenten wurden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen. Er erläuterte, dass gemäß der "Förderrichtlinie Jugendhilfe" alle Projekte, die in der Antragstellung über 5.000 EUR lagen, in der Drucksache ausgewiesen wurden. Unterhalb dieser Grenze ist die Verwaltung befugt, nach ihrer fachlichen Einschätzung zu entscheiden. Bei den Trägern, die bereits in vergangenen Jahren über den Familienförderplan gefördert wurden, greift die Bestandssicherung.

Darüber hinaus merkte er an, dass je nach Angebotscharakter der Jugendhilfeausschuss oder der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließend tätig wird. Um einen vollumfänglichen Überblick über das Förderspektrum zu erhalten, werden die Ausschüsse an die Beschlüsse des jeweils anderen angebunden.

Zu den Ausführungen wurden keine Rückfragen gestellt. Infolgedessen stellte der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, die Entscheidungsvorlage zur Abstimmung.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Förderung der Projekte entsprechend Anlage 1³ wird für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen.

- 7.6. Änderung der Besetzung eines Stellvertreters im Unterausschuss "Fachplanung Familienbildung und Familienförderung" 1 411/21**
BE: Frau Liedtke, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Hierzu wurde kein Beratungsbedarf festgestellt. Es erfolgte die sofortige Abstimmung.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

³ Die Anlage ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Beschluss

Im Unterausschuss "Fachplanung Familienbildung und Familienförderung" wird für das stimmberechtigte Mitglied Frau Annette Schuchardt

Herr Johannes Döring

(bisher: N.N.)

als 1. Stellvertreter benannt.

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 09.19/21
20.05.2021 zum TOP 5.1 - hier: Berichterstattung zu Fall-
zahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindes-
wohlgefährdungen
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung, Jugend und Gesundheit**

Gemäß dem Tagesordnungspunkt 2 wurde der Tagesordnungspunkt 9.2 – Kindeswohlgefährdung in der Landeshauptstadt Erfurt – (Drucksache 1252/21) mit aufgerufen.

Da die Festlegung im Zuge der COVID-19-Pandemie getroffen wurde, aber Kinder und Jugendliche derzeit keinen schwerwiegenden Einschränkungen im Alltag unterliegen, schlug die Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Fischer, vor, von einer vierteljährlichen Berichterstattung abzusehen.

Bezüglich der betroffenen Altersgruppen erkundigte sich die Vertreterin der Fraktion SPD, Frau Löbl, weshalb Kleinkinder unter drei Jahren deutlich häufiger von Kindeswohlgefährdungen betroffen waren als ältere.

Die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes führte dies auf die rege genutzte Notbetreuung zurück. Die Kindertagesstätten, aber vor allem auch der medizinische Bereich, meldeten entsprechende Verdachtsfälle an den Allgemeinen Sozialen Dienst. Das Netzwerk beruht auf den sogenannten "Frühen Hilfen", die einen engen Kontakt zu niedergelassenen Kinderärzten pflegen. Zudem gibt es seit dem Jahr 2013 eine Kinderschutzgruppe im HELIOS-Klinikum Erfurt.

Eingehend auf die Arten von Kindeswohlgefährdungen fragte die Vertreterin der Caritas, Frau Liedtke, wie die Zahl zur sexuellen Gewalt zu Stande kommt, da ihr vom Kinder- und Jugendschutzdienst "HAUT-NAH" des MitMenschen e.V. deutlich mehr Fälle bekannt sind.

In dieser Beziehung gab die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes zu bedenken, dass sich die Fallzahlen auf die Fälle stützen, bei denen sich die Kindeswohlgefährdung nach dem Durchlaufen des Prüfverfahrens im Ergebnis bestätigt hat. Bei einem bloßen Verdacht erfolgt keine statistische Erfassung. Dabei geht das Jugendamt allen gemeldeten Hinweisen nach und vermittelt stets fallbezogene Unterstützung.

Angesichts des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen fragte der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Schäfer, womit dies konkret zusammenhängt.

Die Abteilungsleiterin des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Jugendamt erläuterte, dass seit dem Jahr 2012 die Regelungen des Bundeskinderschutzgesetzes zum Tragen kommen. Seither wurden die Verfahrensschritte vereinheitlicht und das Netz an Kooperationsbeziehungen ausgebaut, wodurch mehr Fälle erkannt und mehr Hilfen angeboten werden.

Hinsichtlich der präventiven Maßnahmen bat der Vertreter der Fraktion DIE LINKE., Herr Fuchs, um Auskunft, ob die Notfallsprechstunden auch dezentral angeboten werden und wie deren Resonanz ausfällt. Weiterhin erkundigte er sich, inwiefern ein Antrag auf Mittel aus dem Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" in Erwägung gezogen wurde.

In Bezug auf die Umsetzung weiterer dezentraler Notfallsprechstunden befindet sich das Jugendamt fortlaufend im Austausch mit dem Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, informierte die zuständige Abteilungsleiterin des Jugendamtes. Bislang steht neben dem Steinplatz die Anlaufstelle "Erfurt-Nord" zur Verfügung, die seit Jahren in diesem Gebiet etabliert ist und niedrigschwellige Unterstützung anbietet. Ab März 2022 soll außerdem in Erfurt-Südost eine weitere Notfallsprechstunde eröffnet werden.

Ein Vertreter des Jugendamtes ging näher auf das Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" ein. Die zusätzlichen Mittel sollen in die Schulsozialarbeit zur zeitlich befristeten Aufstockung der Stellen fließen. Allerdings steht die Bewilligung des Antrags noch aus.

In der folgenden Diskussion, an der sich unter anderem der Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Herr Uhlig, der Vertreter der Fraktion CDU, Herr Weise, und die Vertreterin der Fraktion SPD, Frau Löbl, beteiligten, wurden die Fallzahlen detaillierter beleuchtet und weiterer Informationsbedarf festgestellt.

Hieraus ergab sich die nachstehende Festlegung des Jugendhilfeausschusses, die mit **Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0** angenommen wurde.

Drucksache 1644/21	<p>Entsprechend der Drucksache 0919/21 wird die Berichterstattung hinsichtlich der Fallzahlen, präventiven Maßnahmen sowie der verwaltungsseitig festgestellten Entwicklungen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen fortgeschrieben.</p> <p>Weiterführend sind auf die jährlichen und artspezifischen Zahlen von Kindeswohlgefährdungen in den einzelnen Altersgruppen, das Zusammenwirken des Jugendamtes mit Kinder- und Jugendschutzdiensten sowie auf den quantitativen Unterstützungsbedarf bzw. die Inanspruchnahme von fallbezogenen Hilfsangeboten einzugehen.</p> <p>V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit T.: 31.03.2022</p>
-----------------------	---

Weitere Wortbeiträge wurden nicht geäußert, sodass der Vorsitzende, Herr Mroß, die Sitzung für zehn Minuten zum Lüften des Saales unterbrach.

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

- 9.1. **Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) 1 229/21**
BE: stellvertretende Leiterin des Jugendamtes

Auf die Frage von Herrn Uhlig, Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ob eine regelmäßige Information an den Jugendhilfeausschuss erfolgt, sicherte der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit eine halbjährliche Berichterstattung ab Juni 2022 zu.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- 9.2. **Kindeswohlgefährdung in der Landeshauptstadt Erfurt 1 252/21**
BE: Frau Fischer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

siehe Tagesordnungspunkt 8.1

zur Kenntnis genommen

9.3. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: stellvertretende Leiterin des Jugendamtes

Die stellvertretende Leiterin des Jugendamtes informierte über die Beschlüsse der Stadtratssitzungen vom 14. und 21. Juli 2021.

Die Drucksache 0270/21 - Privatrechtliche Entgelte für die Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt – wurde mit Änderungen beschlossen. Hierzu gab es drei Änderungsanträge: Die Drucksachen 0727/21 und 1113/21 der Fraktion CDU wurden zurückgezogen, die Drucksache 0808/21 der Fraktion SPD wurde mit Änderungen bestätigt.

Weiterhin billigte der Stadtrat die Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder-/Tagespflege für den Zeitraum 01. August 2021 bis 31. Juli 2022 (Drucksache 0912/21), wobei der Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben (Drucksache 1097/21) in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung angenommen wurde.

Zudem wurde mit der Drucksache 1017/21 Frau Melanie Morawa als stellvertretendes Mitglied für die Arbeiterwohlfahrt in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

9.4. Aktuelle Informationen zu jugendhilferelevanten Entwicklungen in der COVID-19-Pandemie (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die stellvertretende Leiterin des Jugendamtes setzte die Ausschussmitglieder über die Auswirkungen der neuen Thüringer Infektionsschutzverordnung und das geltende Stufen-system in Kenntnis. Nunmehr sind keine Schließungen von Kindertageseinrichtungen vorgesehen. Während Kinder und Eltern mehrerer Kindergärten von COVID-19 betroffen sind, vermelden Jugendeinrichtungen sowie die stationäre und ambulante Jugendhilfe derzeit keine Infektionen. Sie ergänzte, dass sich der Beratungsbedarf im Jugendamt unverändert hoch darstellt, eine generelle Öffnung der Ämter aber nicht absehbar ist.

Bezugnehmend auf verhängte Quarantänen durch das Gesundheitsamt äußerte die Kreisleiterinvertreterin Grundschulen, Frau Kettner, Unverständnis, dass dies nicht auf ein Mindestmaß reduziert wird, sondern sich ganze Klassen in häusliche Isolation begeben müssen. Zudem lassen sich in der Quarantäne-Anordnung keinerlei Informationen zur Möglichkeit des Freitestens finden. Aufgrund der vorhandenen Lernrückstände sollten die Eltern besser über die Verkürzung der Quarantäne aufgeklärt werden.

Der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit wies auf das pflichtgemäße Ermessen des Gesundheitsamtes hin. Hier seien die Schulen in der Pflicht, ihrer Dokumentationspflicht nachzukommen und mit dem Gesundheitsamt frühzeitig zu kooperieren. Zu weitergehenden Weisungen ist die Stadtverwaltung nicht befugt, da dies in den Kompetenzbereich des Staatlichen Schulamts Mittelthüringen fällt.

Herr Däuwel, Kreiseltersprecher der Gymnasien, hinterfragte grundsätzlich den Informationsfluss an die Eltern und schlug vor, einen "Hygienearbeitskreis" ins Leben zu rufen, der alle Verantwortungsträger einbezieht.

Weiterer Informationsbedarf bestand nicht.

9.5. Sonstige Informationen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, erinnerte an den Termin zur Besichtigung des "Revolution Train", der wie geplant am 05. Oktober 2021 um 17:00 Uhr stattfindet. Der Zug wird allerdings nicht am Erfurter Zughafen, sondern in Neudietendorf halten.

Zur Frage des aktuellen Sachstands zur Ausschreibung der Stelle des Jugendamtsleiters informierte der Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend, dass der neue Amtsleiter am 1. November 2021 seinen Dienst aufnehmen wird.

Da ansonsten keine Informationen vorlagen, beendete der Vorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer